

Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

04/2016 29.01.2016

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Neu:



Harald Lidauer

[Das Demokratieprinzip](#)

Die Monografie stellt einen rechtshistorischen Beitrag zur Entwicklungsgeschichte des Demokratieprinzips in Österreich im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert dar, wobei dieser Abschnitt systematisch und chronologisch aufgearbeitet wird. Dabei richtet sich der Fokus nicht nur auf die Ebene des Gesamtstaates, sondern gleichermaßen auch auf die jeweiligen Entwicklungen auf Landes- und Gemeindeebene, wobei insoweit schwerpunktmäßig eine Bezugnahme auf das Bundesland Oberösterreich stattfindet.

50 Euro, XVII und 438 Seiten, gebunden, ISBN 978-3-902883-26-1

I. Bundesgesetzblatt

[BGBl II 21/2016](#) ([Anhang I](#)) ([Anhang II](#)) ([Anhang III](#)) ([Anhang IV](#))

Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft über elektrische Betriebsmittel zur Verwendung innerhalb bestimmter Spannungsgrenzen (**Niederspannungsgeräteverordnung 2015** – NspGV 2015)

[BGBl II 22/2016](#) ([Anhang I](#)) ([Anhang II](#)) ([Anhang III](#)) ([Anhang IV](#))

Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft über elektromagnetische Verträglichkeit (**Elektromagnetische Verträglichkeitsverordnung 2015** – EMVV 2015)

[BGBl II 23/2016](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die **Schuldenbremsenverordnung** geändert wird

[BGBl II 24/2016](#)

Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit, mit der die **Gewebeentnahmeeinrichtungsverordnung** geändert wird

[BGBl II 28/2016](#)

Verordnung der Bundesregierung über die **Ausschreibung der Wahl des Bundespräsidenten**, die Festsetzung des Wahltages und des Stichtages

II. Amtsblatt der EU

[ABI L 15 v 22.01.2016, 1](#)

Mitteilung über das **Inkrafttreten des Zusatzprotokolls** zum **Freihandelsabkommen** zwischen der **Europäischen Union** und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der **Republik Korea** andererseits **anlässlich des Beitritts Kroatiens** zur Europäischen Union

[ABI L 18 v 26.01.2016, 1](#)

Endgültiger Erlass (EU, Euratom) 2016/70 des **Berichtigungshaushaltsplans Nr 8** der Europäischen Union für das **Haushaltsjahr 2015**

III. Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, Verwaltungsgerichte

A. Verfassungsgerichtshof

10.12.2015, [A 4/2014](#)

FremdenG; Feststellung des Bestehens des Klagsanspruchs des **Bundes gegen das Land Burgenland** auf Ersatz der Kosten für den **Vollzug der Schubhaft außerhalb des Burgenlands** dem Grunde nach zu Recht; Kosten von der mit dem Burgenland getroffenen Verwaltungsvereinbarung für die Errichtung von Schubhafträumen in einem bestimmten Gebäude nicht erfasst; keine Verjährung

10.12.2015, [E 709/2015 ua](#); [E 1622/2015 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Zurückweisung des Antrags auf **internationalen Schutz** und Feststellung der **Zuständigkeit Ungarns** sowie Anordnung der **Außerlandesbringung** mangels konkreter Ermittlungen zur Versorgungslage besonders schutzwürdiger vulnerabler Personen in Ungarn

10.12.2015, [E 1457/2015](#); [E 1589/2015](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Zurückweisung des Antrags auf **internationalen Schutz** und Feststellung der **Zuständigkeit Ungarns** sowie Anordnung der **Außerlandesbringung** mangels Heranziehung und Würdigung aktuellen Berichtsmaterials hinsichtlich der neu entstandenen Situation für Asylwerber in Ungarn

B. Verwaltungsgerichtshof

20.11.2015, [Ra 2015/02/0179](#)

VwGVG; nach dem Spruch des verwaltungsgerichtlichen Erkenntnisses ist es vom Rw „zu vertreten, dass er nicht Sorge getragen habe, dass der Arbeitnehmer nicht den vorhandenen Sicherheitsgurt verwendet habe“; bei der in diesem Spruch enthaltenen **doppelten Verneinung** handelt es sich um eine offenbar auf einem Versehen beruhende Unrichtigkeit, die das **VwG von Amts wegen berichtigen** könnte, weshalb der Rw mit dem Hinweis auf diese Widersprüchlichkeit keine **Rechtsfrage von Grundsätzlicher Bedeutung** aufzeigt

26.11.2015, [Ra 2015/07/0051](#); [Ra 2015/07/0055](#)

WasserrechtsG; Vorabentscheidungsersuchen an den EuGH hinsichtlich der Frage, ob das in der WasserrahmenRL zum Ausdruck kommende Verschlechterungsverbot oder die **WasserrahmenRL** als solche einer **Umweltorganisation** in einem Verfahren, das keiner Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegt, Rechte einräumt, zu deren Schutz sie nach Art 9 Abs 3 des Aarhus-Übereinkommens **Zugang zu verwaltungsbehördlichen oder gerichtlichen Verfahren** haben muss

16.12.2015, [2015/03/0004](#)

Audiovisuellen Mediendienste-G; beim ggst Angebot der Bf unter der von ihr betriebenen Subdomain handelt es sich um einen **anzeigepflichtigen Mediendienst auf Abruf**; anders als die Bf vermeint, ist der angebotene Dienst in Inhalt und Funktion gegenüber den Presseartikeln des Verlegers der Online-Zeitung eigenständig und ist mit der journalistischen Tätigkeit nicht verknüpft, da die Mehrheit der Videos unabhängig vom Abrufen der Artikel der elektronischen Ausgabe der Zeitung zugänglich und abrufbar ist

16.12.2015, [Ra 2015/03/0086](#)

VwGVG; Entziehung der Konzession zum Betrieb eines Fiakerunternehmens; mangelhafte **Begründung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung**; selbst wenn man annimmt, dass das VwG seiner Entscheidung zugrunde gelegt hat, dass „keine Kutsche im Betrieb (des Rw) vorhanden ist“, und dies auf den Inhalt des Schreibens der belangten gestützt hat, fehlt jegliche Begründung, warum daraus abzuleiten sei, dass nunmehr ein Erledigungsanspruch nicht mehr vorliege und die Beschwer weggefallen sei

16.12.2015, [Ro 2014/03/0083](#)

SeeschiffahrtsG; Widerruf einer bescheidmäßigen Feststellung, dass die von der rw Partei als Prüfungsorganisation ausgestellten **Befähigungsausweise für die selbständige Führung von Yachten** als Grundlage zur **Ausstellung von Internationalen Zertifikaten** für die Führung von Yachten geeignet sind; aufgrund der mehrfachen Abweichungen von den Voraussetzungen bzw der Nichterfüllung der Veröffentlichungs- bzw Aktualisierungspflicht iSd § 15 Abs 7 SeeschiffahrtsG kann es nicht als rechtswidrig angesehen werden, wenn das VwG den Widerruf der Feststellung für geboten erachtete

17.12.2015, [2013/05/0142](#)

BauO für Wien; Baubewilligung für die Errichtung eines Wohngebäudes mit sieben Wohnungen; div Einwendungen der Nachbarn; da die belangte Behörde nicht erkannt hat, dass die **Erteilung einer Ausnahmegewilligung nach § 69 BauO für Wien** erst nach Durchführung der nach Abs 4 leg cit gebotenen Abwägung in Betracht kommt, belastete sie den angefochtenen Bescheid mit inhaltlicher Rechtswidrigkeit; die Behörde hat zudem fälschlich das **Vorliegen einer „Gaupe“** angenommen und diesen Bauteil nicht in die Berechnung der Gebäudehöhe einbezogen

17.12.2015, [2013/07/0068](#)

AbfallwirtschaftsG; Feststellungsantrag gem § 6 Abs 1 Z 1 AbfallwirtschaftsG in Bezug auf die rechtliche Eigenschaft bestimmter Baustoffrecyclingprodukte; aus dem im Verwaltungsverfahren von der bf Partei erstatteten Vorbringen ist nicht mit hinreichender Deutlichkeit zu erkennen, dass diese **iSd § 6 Abs 1 AbfallwirtschaftsG „Verfügungsberechtigte“** über die dem Feststellungsantrag zugrunde liegende „Sache“ wäre

17.12.2015, [Ra 2015/07/0125](#)

WasserrechtsG; Abweisung eines Antrags auf Erteilung einer **wasserrechtlichen Bewilligung einer Pflanzenkläranlage**; das angefochtene Erkenntnis des VwG erweist sich im Zusammenhang mit der Prüfung der Frage, ob im vorliegenden Fall die Möglichkeit einer Ausnahme von der Kanalanschlusspflicht – aus anderen Gründen als dem Fehlen einer wasserrechtlichen Bewilligung – gesichert auszuschließen sei, als unzureichend begründet

18.12.2015, [2013/02/0219](#)

VStG; wird von der durch § 49a Abs 6 VStG ermöglichten Bezahlung durch Telebanking Gebrauch gemacht, trägt der Auftraggeber der Überweisung sämtliche Risiken des Überweisungsverkehrs; die **Zahlung eines höheren Strafbetrags** kann daher – ebenso wie die Zahlung eines niedrigeren Strafbetrags – **nicht als fristgerechte Einzahlung des Strafbetrags** iSd § 49a Abs 6 VStG gelten

18.12.2015, [Ra 2015/02/0125](#)

ArbeitnehmerInnenschutzG; in Verkennung der Rechtslage hat das VwG anstelle von § 58 Abs 5 BauarbeiterschutVO die Bestimmung des Abs 3 par cit als verletzte Verwaltungsvorschrift angewendet und auch nur im Hinblick auf die in dieser Bestimmung genannten Voraussetzungen Feststellungen getroffen; alleine die **Unterlassung des Anbringens von Wehren an der gebäudeseitigen Gerüstlage** könnte den Rw jedoch nicht zum Vorwurf gemacht werden

18.12.2015, [Ra 2015/02/0169](#)

VwGVG; eine Behörde ist nicht dazu verpflichtet, eine Niederschrift über **mündlich eingebrachte Beschwerden an das VwG** zu errichten; errichtet sie aber eine **Niederschrift**, die den Inhalt der Beschwerde schriftlich festhält und vom Beschwerdeführer unterfertigt wird, so liegt eine vom VwG als **wirksam schriftlich eingebracht** zu behandelnde Beschwerde vor

22.12.2015, [2013/06/0034](#)

Ktn BauO; Auftrag zur Wiederherstellung des rechtmäßigen Zustands durch Entfernung eines **konsenslos errichteten Nebengebäudes**; die ggst Bauausführung wurde nicht plankonform der Bauanzeige durchgeführt, weil es sich bei der Neuerrichtung nicht um eine „Sanierung des bestehenden Nebengebäudes“ handelt, sondern vielmehr die gesamte Tragkonstruktion neu errichtet und abweichend von der planlichen Darstellung ausgeführt wurde

22.12.2015, [2013/06/0056](#)

Tir BauO; Baubewilligung für die Errichtung einer Wohnanlage; div Nachbareinwendungen; nur Lüftungsanlagen, die eine den Abluftanlagen von Heizungsanlagen entsprechende Funktion aufweisen, stellen **Fangmündungen iSd § 6 Abs 3 lit a Tir BauO** dar; Öffnungen, die einer ausreichenden Versorgung der Tiefgarage mit frischer Luft dienen, stellen hingegen keine Fangmündungen dar und dürfen daher im Mindestabstandsbereich errichtet werden

22.12.2015, [2013/06/0201](#)

Vbg BauG; Bewilligung für die Errichtung einer Gerätehalle mit Mistlager und „Funktionsänderungen im Bestand“; bei der Bewilligung muss im Hinblick auf § 8 Vbg BauG eine konkrete Nutzung feststehen; diesem Erfordernis wird mit der Angabe der Raumwidmung „Multifunktionswirtschaftsraum“ nicht Genüge getan; der SV hat zwar den Flächenbedarf für die Einstellung der im Betrieb eingesetzten Maschinen und Geräte ermittelt, es wurde aber nicht dargelegt, weshalb diese **Maschinen für den konkreten Betrieb erforderlich** sind

22.12.2015, [2013/06/0239](#)

Vbg BauG; Baubewilligung für eine Wohnanlage mit Tiefgarage; die Bf bestreiten weder den Inhalt ihres Vorbringens noch, dass dieses bei der mündlichen Bauverhandlung nicht ergänzt wurde; damit kann der belangten Behörde nicht mit Erfolg entgegengetreten werden, wenn sie davon ausgegangen ist, dass **keine iSd § 26 Abs 1 BauG rechtzeitig erhobenen Einwendungen** vorliegen, zumal inhaltlich eine Verletzung der in § 26 Abs 1 BauG aufgezählten Bestimmungen nicht geltend gemacht wurde

C. Verwaltungsgerichte

LVwG NÖ 13.10.2015, [LVwG-AV-1097/001-2015](#)

AVG; ein **Beharren der Partei auf Entscheidung durch die abtretende Behörde** vor inhaltlicher Erledigung durch die andere Behörde hat zur Folge, dass es an der abtretenden Behörde liegt, den Antrag einer bescheidmäßigen Erledigung zuzuführen; für den Fall, dass die abtretende Behörde weiter von ihrer Unzuständigkeit ausgeht, hat die Erledigung in der Zurückweisung des Antrags mangels Zuständigkeit zu bestehen; die weitere Behörde trifft ab diesem Zeitpunkt keine Entscheidungspflicht mehr

LVwG NÖ 14.10.2015, [LVwG-S-170/001-2014](#)

KraftfahrzeugG; das **Telefonieren ohne Freisprecheinrichtung bei laufendem Motor**, jedoch **stehendem Fahrzeug** fällt nicht unter das sogenannte Handyverbot; Tatbestandsvoraussetzung des § 102 Abs 3 KraftfahrzeugG ist, dass der

Lenker „während des Fahrens“ ohne Benützung einer Freisprecheinrichtung telefoniert; das Verbot bezieht sich somit auf den Zeitraum der Fahrtätigkeit

LVwG NÖ 16.10.2015, [LVwG-SB-14-0007](#)

GewO; gem § 32 GewO ist die **Übernahme eines Gesamtauftrags** durch einen Gewerbetreibenden nur gestattet, wenn dem „Generalunternehmer“ ein „wichtiger Teil des Auftrags“ zukommt; das **Kriterium „Wichtigkeit“** ist nicht erfüllt und demnach eine Übernahme nicht erlaubt, wenn erforderliche planerische, statische, technische und ausführende Kenntnisse und Erfahrungen fehlen

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

[28.01.2016, Rs C-50/14, CASTA ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Öffentliche Aufträge** – Art 49 AEUV und 56 AEUV – Richtlinie 2004/18/EG – Krankentransporte – **Nationale Regelung**, nach der **Krankentransporte** im Wege der **Direktvergabe** ohne jegliche Bekanntmachung und unter Erstattung der aufgewandten Kosten **an Freiwilligenorganisationen vergeben werden dürfen**, die die rechtlichen **Voraussetzungen erfüllen** und **registriert** sind – Zulässigkeit

[28.01.2016, verb Rs C-283/14 und C-284/14, CM Eurologistik](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EU) Nr 158/2013 – Gültigkeit – **Antidumpingzoll auf die Einfuhren** bestimmter zubereiteter oder haltbar gemachter **Zitrusfrüchte** mit **Ursprung in China** – Durchführung eines Urteils, mit dem die **Ungültigkeit einer vorausgegangenen Verordnung** festgestellt worden ist – **Wiederaufnahme der Ausgangsuntersuchung** zur Ermittlung des Normalwerts – **Wiedereinführung eines Antidumpingzolls** auf der Grundlage derselben Daten – Zu berücksichtigender Untersuchungszeitraum

[28.01.2016, Rs C-375/14, Laezza](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 49 AEUV und 56 AEUV – **Niederlassungsfreiheit – Dienstleistungsfreiheit – Glücksspiel** – Urteil des Gerichtshofs, mit dem nationale Vorschriften über **Konzessionen** für die **Annahme von Wetten** für mit dem **Unionsrecht unvereinbar** erklärt wurden – Neuordnung des Systems durch eine **Neuausschreibung – Unentgeltliche Gebrauchsüberlassung** der im Eigentum stehenden materiellen und immateriellen **Vermögensgegenstände**, die die **Infrastruktur der Spielverwaltung und -annahme** bilden – Beschränkung – Zwingende Gründe des Allgemeininteresses – Verhältnismäßigkeit

[28.01.2016, Rs C-398/14, Kommission / Portugal](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Richtlinie 91/271/EWG – **Behandlung von kommunalem Abwasser** – Art 4 – Zweitbehandlung oder gleichwertige Behandlung – Anhang I Abschnitte B und D

[28.01.2016, Rs C-61/15, Heli-Flight / EASA](#)

Rechtsmittel – **Zivilluftfahrt** – Eingereichte **Anträge auf Genehmigung der Flugbedingungen** – Entscheidung der Europäischen Agentur für Flugsicherheit – Ablehnung eines Antrags – Obligatorisches Vorverfahren auf Verwaltungsebene – Möglichkeit einer Klage beim Richter der Europäischen Union – Aufgabe des Richters – Erlass prozessleitender Maßnahmen – Verpflichtung – **Komplexe technische Beurteilungen**

[28.01.2016, Rs C-64/15, BP Europa](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Steuerrecht – Allgemeines Verbrauchsteuersystem** – Richtlinie 2008/118/EG – Unregelmäßigkeit, die während der Beförderung verbrauchsteuerpflichtiger Waren eingetreten ist – **Beförderung von Waren** in einem **Verfahren der Steueraussetzung** – Zum Zeitpunkt der Lieferung fehlende Waren – Erhebung der **Verbrauchssteuer mangels Nachweises der Zerstörung** oder des **Verlustes der Waren**

B. Schlussanträge

[26.01.2016, Rs C-233/14, Kommission / Niederlande \(GA Sharpston\)](#)

Freizügigkeit der Unionsbürger – Gleichbehandlung – Möglichkeit der Inanspruchnahme von **Fahrpreisvergünstigungen** bei der **Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel** – **EU-Studierende**, einschließlich **Erasmus-Studierenden** – Art 18 AEUV, 20 AEUV und 21 AEUV – Art 24 der Richtlinie 2004/38 – Zulässigkeit

[28.01.2016, Rs C-96/15, Saint Louis Sucre \(GA Sharpston\)](#)

Produktionsabgaben im Zuckersektor – Berechnungsmethode – Übertragung am Ende des Wirtschaftsjahrs gelagerter Mengen – Behandlung bei Auslaufen der Produktionsabgaben – Anspruch auf Erstattung – **Ungerechtfertigte Bereicherung** – Unternehmerische Freiheit

[28.01.2016, Rs C-122/15, C \(GA Kokott\)](#)

Steuerrecht – Nationales Einkommensteuerrecht – Art 21 Abs 1 der Charta der Grundrechte – Richtlinie 2000/78/EG – **Diskriminierung wegen des Alters** – **Zusatzsteuer auf Einkünfte** aus einer **Altersrente**

C. Gericht

[28.01.2016, Rs T-427/12, Österreich / Kommission](#)

Staatliche Beihilfen – Bankensektor – **Beihilfe Deutschlands und Österreichs zugunsten der Bayerischen Landesbank im Rahmen ihrer Umstrukturierung** – **Beschluss**, mit dem die **Beihilfe** vorbehaltlich der Beachtung bestimmter Bedingungen **für mit dem Binnenmarkt vereinbar** erklärt wird – **Aufhebung des ursprünglichen Beschlusses**, der in einer anderen Sprache als der des Mitgliedstaats abgefasst war – Nichtigkeitsklage – Anfechtbare Handlung – Zulässigkeit – **Begriff ‚staatliche Beihilfe‘** – Vorteil – Verteidigungsrechte – Begründungspflicht

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

21.01.2016, Beschwerde Nr. [71545/12](#), L.E. / Griechenland

Verletzung von **Art 4** (Verbot der Sklaverei und Zwangsarbeit), **Art 6 Abs 1** (Recht auf ein faires Verfahren innerhalb angemessener Zeit) und **Art 13 EMRK** (Recht auf wirksame Beschwerde); Verletzung der aus Art 4 EMRK resultierenden **positiven Verpflichtungen** aufgrund der mit über 9 Monaten zu lange dauernden Zeitspanne, die zwischen jenem Zeitpunkt lag, als die Behörden von der Situation der Bf als **Zwangsprostituierte** und **Opfer von Menschenhandel** informiert wurden, und jenem der formellen Anerkennung samt Anordnung von Schutzmaßnahmen

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth; Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Mag. Matthäus Schmied, Wiss.-Mit. Sarah Heiml

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.